



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Energiewende für Mieter:innen und Hauseigentümer:innen bezahlbar machen – Klimapakt schließen“ (Drucksache 20/2936 (neu))

Erfolgreichen Weg für bezahlbares und klimaneutrales Wohnen fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Dekarbonisierung im Gebäudesektor ein entscheidender Baustein zu Erreichung der Treibhausgasneutralität in 2040 ist. Aus diesem Grund wird die Landesregierung gebeten, die bereits durchgeführten Gesprächsrunden zu einem Netzwerk weiterzuentwickeln, in welchem die beiden gesellschaftlich zentralen Themen - Dekarbonisierung im Wohnungsbestand sowie Schaffung bezahlbaren Wohnraumes - übergreifend bearbeitet und mit allen Partnern vorangetrieben werden.

Die zur Erreichung dieser Ziele nötige Planungs- und Investitionssicherheit für die Immobilienbesitzerinnen und -besitzer bedarf darüber hinaus stabiler Rahmenbedingungen. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auch zukünftig die Modernisierung der Wärmeversorgung von Wohngebäuden auf der Basis erneuerbarer Energien zu fördern und umzusetzen. Hierbei soll die schnelle Ermöglichung der emissionsfreien Wärmeversorgung des Wohnraums, deren Bezahlbarkeit sowie ein effizienter Einsatz der Haushaltsmittel im Fokus stehen. Verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen sind hierfür Voraussetzung.

**Michel Deckmann
und Fraktion**

**Ulrike Täck
und Fraktion**

Begründung:

Schleswig-Holstein hat eine Tradition der Zusammenarbeit. Seit jeher stehen die wichtigen Akteure der Bau- und Wohnungswirtschaft und die Vertretungen der Mieterschaft im engen Austausch mit dem Innenministerium. Im Zeitraum 2009-2019 fand dies unter anderem im Rahmen des Klimapaktes statt. Dabei konnten mit den Teilnehmern wertvolle Erkenntnisse gesammelt und wichtige Fortschritte erzielt werden. An diese Tradition anknüpfend soll in einem Netzwerk insbesondere mit den maßgeblichen Akteuren in der Bau-, Wohnungs- und Energiewirtschaft sowie Vertretungen der Mieterschaft ein Austausch darüber stattfinden, die Wärmewende schnell und sozialverträglich realisiert werden kann und welche Rahmenbedingungen dies verzögern oder dem Ziel entgegenstehen.